

Wahlprüfsteine

1. Rüstungsexportpolitik (aus Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel)

Frage 1

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verboten und dieses Verbot in Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes festgeschrieben wird?

Nein. Ich stehe dafür ein, dass die europäischen Staaten ein gemeinsames Militärbündnis gründen (mit deutlich mehr Kompetenzen als zum Beispiel die NATO), damit die Belastung für die einzelnen Teilnehmerstaaten sich verringert. Einen Rüstungsexport an EU-Staaten würde ich deshalb weiterhin erlauben.

Frage 2

Setzen sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass konkrete Ausfuhr- und Kontrollregelungen in einem einheitlichen und restriktiven Rüstungsexportkontroll-Gesetz zusammengeführt werden?

Ja

Frage 3

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl – angesichts der besonders hohen Opferzahlen durch Kleinwaffen – für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen und der zugehörigen Munition aus Deutschland ein?

Siehe Antworten zu Teilfrage 1

Frage 4

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein vollständiges Verbot der Lizenzvergabe ein, um die unkontrollierte Produktion und Weiterverbreitung von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern zu unterbinden?

Siehe Antworten zu Teilfrage 1; Lizenzvergabe nur an europäische Partner

Frage 5

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein Verbot von staatlichen Bürgschaften für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ein, damit nicht weiterhin Rüstungsexporte durch Steuergelder abgesichert werden?

Siehe Teilfrage 1; bei Exporten an EU-Staaten weiterhin Bürgschaften erlauben

2. Verhältnis Deutschland/Europa – Russland

Frage 6

Stimmen Sie mit der Einschätzung überein, dass Russland die Krim aus nationalen wie militärischen Gründen keinesfalls an die Ukraine zurückgeben wird? Wenn ja, wie stellen Sie sich unter dieser Voraussetzung das zukünftige Verhältnis Deutschlands und der EU zu Russland vor?

Ja.

Wichtig ist ein verstärkter Einsatz der Diplomatie. Sobald die Gesprächskanäle versagen, wird es gefährlich. Deshalb bin ich sehr dankbar für den diplomatischen Umgang mit Russland durch Ex-Außenminister Steinmeier und Außenminister Gabriel. Wirtschaftssanktionen müssen aber zum Teil aufrecht erhalten bleiben, um das Vorgehen Russlands nicht zu legitimieren.

Frage 7

Sind sie der Meinung, dass die großen internationalen Fragen (Ost-Ukraine, Syrien, internationaler Terrorismus...) nur mit, nicht gegen Russland gelöst werden können?

Ja

Frage 8

Stimmen Sie der Einschätzung zu, dass Druck von Seiten der NATO und der EU die Positionen der russischen Regierung nur verhärten kann und somit die Lösung anderer drängender Weltprobleme verhindert?

„Druck“ ist mir ein zu allgemeines Wort. Wer das Vorgehen Russlands nicht sanktioniert (in der Wirtschaft), der zeigt Russland doch nur weitere Möglichkeiten auf. Gerade unsere osteuropäischen Partner (Estland, Lettland, Litauen) haben ein Anrecht auf Schutz. Dieser kann nur gewährleistet werden, wenn der Machthunger Russlands eingedämmt wird.

3. Flüchtlingssituation

Frage 9

Was sind Ihre Vorschläge für eine Bekämpfung von Fluchtursachen?

Zur Beseitigung der Fluchtursachen muss jeglicher Beteiligung an nicht von der UN mandatierten Kriegseinsätzen ein Riegel vorgeschoben werden. Außerdem gehört jede militärische Unterstützung durch Rüstungsgüter oder Gelder in Kriegsregionen mit Ausnahme von Notessensrationen verboten. Für den Erhalt des Klimaabkommens ist zu kämpfen. Handelsabkommen müssen überarbeitet und auf Augenhöhe ausgehandelt werden. Die Wirtschaft in ärmlichen Regionen gehört durch eine kontinuierliche Aufbauhilfe, nicht durch Kleinbauern zerstörende Lebensmittelexporte unterstützt. Eine Integration kann nur erfolgen, wenn denjenigen Menschen, die schutzbedürftig sind, ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht gegeben wird. Nur dann kann man sichergehen, dass die Integration in Sprache, Schule, Beruf und Gesellschaft nachhaltig Erfolg liefert.

Frage 10

Die Sorge vieler Flüchtlinge um ihre engsten Angehörigen, die oftmals noch in den Herkunftsländern bzw. in den Nachbarregionen zurückgeblieben sind, ist sehr belastend und kann Integration verhindern.

Wie stehen Sie zum Familiennachzug bzw. zu Aufnahmekontingenten für Familienangehörige von hier in Deutschland lebenden Geflüchteten.

Sobald Asylverfahren abgeschlossen sind (in Zukunft unter 3 Monaten) und eine Anerkennung erfolgt ist, muss der Familiennachzug schnell organisiert werden.

4. Palästina

Frage 11

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl – wie zuletzt der Vatikanstaat - für eine Anerkennung eines Staates Palästina ein?

Eine einseitige Anerkennung würde die Probleme vor Ort nicht annähernd beseitigen. Dafür bedarf es langfristiger diplomatischer Anstrengungen und gemeinsamer Gesprächsrunden mit Israel, den USA, Russland und den wichtigen Nationen im arabischen Raum (v.a. Iran und Saudi-Arabien). Ansonsten könnte der Nahostkonflikt sich in einen Flächenbrand ausweiten.

Frage 12

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für eine Beendigung der israelischen Besatzung palästinensischer Gebiete einsetzen?

Ja